

Koloniale Hungerkrisen und Interventionen

Die Bedeutung von Getreide

Jörg Gertel & Tamara Wyrtki

Die gegenwärtige Situation der Nahrungsversorgung mit Getreide in Nordafrika hat eine Geschichte, die maßgeblich durch den kolonialen Einfluss Europas und später, im 20. Jahrhundert, insbesondere durch die Interventionen der USA geprägt wurden. Eine Geschichte, die deutlich macht, wie soziale Verantwortlichkeiten für, in und nach Nahrungskrisen ausgehandelt werden. In diesem Sinne analysiert das vorliegende Kapitel, wie sich im regionalen Gefüge in Nordafrika die Alltagsrealitäten durch die europäischen Kolonialmächte, vor allem Frankreich und England, verändert haben und wie sowohl die Exposition gegenüber Hungerkrisen als auch deren Bewältigung in neue gesellschaftliche Strukturen und Dynamiken eingebettet wurden. Es geht somit um die Analyse von Mechanismen und Kosten bei der Etablierung kolonialer Nahrungsregime – etwas, das bisher kaum vergleichend vorgenommen wurde (vgl. Guyer 1987). Im Fokus stehen die Ursachen von Nahrungskrisen und die Maßnahmen, die eingeleitet wurden, um problematische Ernährungssituationen zu bewältigen. Dies betrifft vor allem die Produktion, Vermarktung und Zuteilung von Getreide – dem wichtigsten Grundnahrungsmittel in der Region. Wir zeigen dies anhand von komplementären Beispielen, die auf die Versorgung von Städten fokussieren: Marokko und Tschad waren durch die koloniale Einflussnahme Frankreichs geprägt; im Sudan und in Nigeria wirkte die Politik des britischen Kolonialreiches, während in Syrien und im Libanon mit dem Ende des Osmanischen Reichs europäische und US-amerikanische Kräfte miteinander konkurrierten. Dabei wird deutlich, dass die Ursachen von Hunger gar nicht so vielfältig sind und das Spektrum der Interventionen überschaubar bleibt. Drei Untersuchungsfragen strukturieren unsere Analyse neuer sozialer Verantwortungsgefüge:

- (1) Was bedeutet die kolonial angelegte Vergrößerung des unmittelbaren städtischen Hinterlandes durch territorial-weitreichende wirtschaftliche und

soziale Verflechtungen über (spätere) nationale Grenzen hinaus für die lokale Nahrungssicherung? Stellen koloniale Einbindungen Situationen *par exellence* dar, um aktuelle Nahrungskrisen zu untersuchen – besonders wenn bedacht wird, dass es hierdurch zu grundlegenden Änderungen im Herrschaftsgefüge und somit auch in den territorialen Strukturen der Produktions-Konsumptionsbeziehungen kam?

(2) Untergräbt die Kommerzialisierung von Austauschbeziehungen in kolonialen Nahrungssystemen die lokale Nahrungssicherung? Oder fördert sie vielmehr die Möglichkeiten für Interventionen und zur Abfederung von Nahrungskrisen? Lässt die verstärkte Markteinbindung beispielsweise zu, dass sich eine größere Verteilungsgerechtigkeit durchsetzt oder dass bei demographischem Wachstum mehr Menschen versorgt werden können und das Nahrungssystem weniger krisenanfällig ist – oder ist das Gegenteil der Fall?

(3) Haben externe Interventionen und Hilfleistungen zur verbesserten Nahrungssicherung und zur nachhaltigeren Bewältigung von lokalen Nahrungskrisen beigetragen? Inwieweit trifft dies auf koloniale Situationen zu, in denen neue Techniken (Insektenbekämpfung, Tierschutz, Impfungen) eingesetzt, industrielle Infrastrukturen (Eisenbahn, Telegraphen etc.) installiert und Lokalkonflikte befriedet wurden, gleichzeitig allerdings strukturelle Abhängigkeiten und Nettokapitaltransfers in den Globalen Norden entstanden?

Koloniale Hungerkrisen

Der Mittelmeerraum ist durch Handelsaktivitäten, Völkerwanderungen, Kreuzzüge, Pilger- und Entdeckungsreisen als ein hochgradig verflochtener Jahrtausendealter Austauschraum zu verstehen. Das nördliche Afrika und der Nahe Osten wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowohl politisch als auch ökonomisch durch sich intensivierende koloniale Beziehungen mit Europa überprägt. Zum einen führten der Ausbau der Infrastruktur, etwa der Schifffahrt (Eröffnung des Suez-Kanals 1869), die Einführung des Goldstandards zur Währungsstabilisierung sowie der Ausbau der Telegraphenleitungen dazu, dass sich Handelsbeziehungen über das Mittelmeer hinaus ausdehnten und verstärkten (Owen & Pamuk 1998). Zum anderen waren sowohl Nordafrika als auch der östliche Mittelmeerraum Objekte weiterer europäischer Kolonialbestrebungen. Während die westliche Atlantikküste in Nordafrika bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts im Zentrum spanischer und portugiesischer Interessen lag, hatten Frankreich, Großbritannien und Italien seit

Ende des 18. Jahrhunderts versucht, ihre Macht sowohl auf dem afrikanischen Kontinent als auch im westlichen Asien auszudehnen. Frankreich etablierte seine Kolonialherrschaft im Maghreb als Siedlungskolonie auf dem Gebiet des heutigen Algerien (1830), aber auch in Tunesien (1881) und Marokko (1912). Das Britische Empire besetzte hingegen Ägypten (1882) und errichtete ein britisch-ägyptisches Kondominium im Sudan (1898). Italienische Kolonisierungsbemühungen endeten mit einer kurzen, aber folgenreichen Herrschaft in Libyen (1934–43). Demgegenüber blieb der östliche Mittelmeerraum bis Ende des Ersten Weltkriegs Teil des Osmanischen Reichs und wurde erst mit dessen Zerfall zum direkten Gegenstand europäischer Herrschaft. Doch politische Allianzen während des Ersten Weltkriegs, insbesondere das Sykes-Picot-Abkommen (1916) und die Balfour-Deklaration (1917), prägten auch die Landkarte des Nahen Ostens nachhaltig. Während die Balfour-Deklaration wesentlich für die Entstehung des Staates Israel in der Region verantwortlich ist, hat das Sykes-Picot-Abkommen zur Aufteilung und Bildung französischer bzw. britischer kolonialer Einflusszonen geführt und letztlich zur Gründung des heutigen Libanon, Syrien, Jordanien und Irak beigetragen (Drysdale & Blake 1985).

Vor dem Hintergrund kolonialer Machtübernahmen und nachgelagerter Konflikte kam es immer wieder zu Versorgungsengpässen für die lokale Bevölkerung und in der Folge zu Hungersituationen. Insbesondere als sich die Kriegsbemühungen der europäischen Nationen Anfang des 20. Jahrhunderts intensivierten und auch räumlich ausdehnten, nahmen in Nordafrika sowie in einigen Teilen des Osmanischen Reichs Nahrungskrisen zu. Dabei war insbesondere der östliche Mittelmeerraum betroffen, wie auch der Forschungsstand repräsentiert. Neben Tanielian (2017), die sich mit humanitären Interventionsbemühungen auseinandersetzt, untersuchen vor allem Schilcher (1992), Ertem (2012; 2015), Tamari (2015), William (2015) und Foster (2015; 2018) verschiedene räumliche Ausprägungen von Nahrungsmittelkrisen im Osmanischen Reich. Im Folgenden werden für Nordafrika und die südlich angrenzenden Räume die krisenhaften Nahrungssituationen in fünf Städten beim Übergang von vorkolonialen zur kolonialen Herrschaftssituation rekonstruiert und entsprechend der drei Untersuchungsfragen die Veränderung von Verantwortungsgefügen herausgearbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Versorgung mit Getreide. Denn Städte sind einerseits als Orte der ‚kollektiven Konsumption‘ zu verstehen (Castells [1973] 2012, 35), also nicht nur durch geteilte Lebensansprüche und urbane Infrastrukturen geprägt sondern auch abhängig von der landwirtschaftlichen Überschussproduktion auf dem

Land. Andererseits stellen Städte die symbolträchtigsten öffentlichen Räume für Protestaktionen dar; letztere können die Legitimation der Herrschaft potentiell herausfordern und in Frage stellen. Die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln bekommt damit eine besondere politische Bedeutung. Die Ausführungen zu Fes (Marokko), Kano (Nigeria), El-Fasher (Sudan), Abéché (Tschad) und Beirut (Libanon) beruhen ganz maßgeblich auf den einschlägigen Arbeiten von Holden (2009), Watts (1987; 2013), De Waal (1989), Meier (1995) und Tanielian (2014; 2017), die sich aus verschiedenen Perspektiven mit urbanen Nahrungssystemen beschäftigen.¹

Marokko: Fes

Durch Marokkos Lage am Atlantik und geprägt durch sein Relief mit vielen, teilweise sehr hohen Gebirgszügen (bis über 4.000 Meter) zeigen die Niederschläge national eine große Variabilität, was teilweise niedrige aber fast immer fluktuierende Ernteerträge bei Getreide zur Folge hat (Gertel & Breuer 2007). In Marokko sind Dürren bis heute ein anhaltendes Problem: Jedes Jahr ist, wie Kreuer (2019) zeigt, für irgendeine/n marokkanische/n Produzent/in ein Dürrejahr. Dürren betreffen durch ausbleibende oder stark schwankende Niederschläge die Landwirtschaft, erfordern Austausch und Mobilität und schränken die Produktionsmöglichkeiten von Nahrungsmitteln oft massiv ein (Chiche 2007). Treffen Dürren mit anderen Ereignissen, etwa einer Heuschreckenplage oder einer Krankheitswelle, zusammen, kann dies gesellschaftliche und gesundheitliche Probleme weiter verschärfen.

Das Marokko des 17. Jahrhundert war von zahlreichen Hungerkrisen und Epidemien betroffen (Rosenberger 2001). Brot, in seinen unterschiedlichen Formen, war bereits damals Grundnahrungsmittel und Getreide zentral für die Ernährung. Obwohl die Menschen viele Ereignisse des alltäglichen Lebens oft als gottgegeben interpretierten, wurde mit der Gefahr von Hunger aktiv und strategisch umgegangen. Die Bauern und Bäuerinnen passten ihre Produktion an die Umweltbedingungen an: »Sie versuchten, die Gelegenheiten

¹ Die Folgen der italienischen Kolonialmacht in Nordafrika arbeitet Baldinetti (2014) auf. Bourdieu & Sayad (1964) zeigen in ihrer Arbeit zur kolonial erzwungenen Entzweiung der Agrargesellschaften Algeriens die immensen sozialen Verwerfungen auf. Serels (2013) rekonstruiert die kolonialen Nahrungskrisen im Sudan und ihre Rolle für die Machtverteilung während der Entstehung des Nationalstaates.

zu nutzen, die sich boten oder sich ergaben« (ebd. 18) und sie richteten den Getreideanbau entsprechend aus: »Dort, wo der Boden nicht nährstoffreich und feucht genug war, wurde der Weizen durch die anspruchslosere Gerste ersetzt« (ebd. 16). Auch versuchten sie im Kontext der Subsistenzproduktion ihre Ressourcen zu diversifizieren. Darüber hinaus fand ein Austausch von Agrarprodukten zwischen unterschiedlichen Regionen statt, so dass komplementäre Erzeugnisse erworben werden konnten. Selbst die Stadt Fes, in einer landwirtschaftlichen Gunstregion gelegen, benötigte in Krisenzeiten damals Weizen aus anderen Regionen (ebd. 21). Zudem wurden von der politischen Zentralinstanz, dem *Makhzan* (vom arabischen Wort »Speicher«), strategische Getreidereserven für Notfalle angelegt. Für die Hafenstadt Ceuta wird beispielsweise von einer (eher unwahrscheinlichen) Zahl von 40.000 Silos berichtet. Schließlich hat die Regierung bei Bedarf in Situationen der Nahrungsknappheit interveniert und durch die Bereitstellung von Weizen, Bargeld oder die Gewährung von Krediten nicht nur ihre Position legitimiert, sondern auch den Armen geholfen (ebd. 25).

An diese Ausgangslage knüpft die Studie von Holden (2009) an. Sie untersucht am Beispiel der Stadt Fes die Modernisierung des urbanen Nahrungssystems von der vorkolonialen Zeit des frühen 19. Jahrhunderts bis zur kolonialen Regierung Frankreichs (1912–1956). Fes war neben Rabat, Meknès und Marrakesch seit langem eine der vier Königsstädte, in denen die herrschenden Alawiden (ab 1640) einen Sitz hatten und einen Palast unterhielten (vgl. Escher und Wirth 1991). Holden (2009) argumentiert, dass die Stabilität der Herrschaft im Kontext schwieriger Umweltbedingungen und wiederkehrender Dürreereignisse von der Möglichkeit abhing, die Bevölkerung inklusive der Armen, Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Nahrungsmitteln, vor allem mit Weizen, zu versorgen.

In Fes traten, wie bereits Rosenberg (2001) zeigt, Hungerkrisen früh auf, beispielsweise 1662 und 1724. Diese waren so schwerwiegend, dass in der Stadt keinerlei Nahrungsmittel mehr vorhanden waren und die Bewohner aufs Land fliehen mussten. Auch die Dürre von 1825 brachte große Not in die Stadt, doch konnten die gravierendsten Folgen durch die Intervention des damaligen Sultans Moulay Abderrahman, der Weizen bereit stellte, abgewendet werden. Dieser Eingriff markiert einen Wendepunkt in der Interventionspolitik (Holden 2009, 21). Dabei sind drei Aspekte ausschlaggebend: Erstens, die Etablierung neuer Handelsbeziehungen mit Europa. Durch die Ausdehnung der Handelsaktivitäten, insbesondere nach England und Portugal (1822), konnten lokale Dürreereignisse mit dem Import von europäischem Getreide abgedeckt wer-

den. Zweitens entstanden durch die Ausweitung der Handelsräume neue Ursachen von Hungerkrisen innerhalb von Marokko. Waren vormals vor allem lokale Produktionseinbrüche ausschlaggebend und Nahrungskrisen als Ergebnis lokaler landwirtschaftlicher Probleme zu beschreiben (*food production failures*), so kamen ab dem frühen 19. Jahrhundert zugangsbedingte Probleme (*food entitlement failures*) hinzu (Sen 1981). Getreide war durch die europäischen Notimporte zwar nun lokal vorhanden, doch nur für diejenigen erschwinglich, die über genügend Ressourcen und Kaufkraft verfügten.

Früher bedeutete eine Hungersnot, dass es in der Stadt keine Nahrungsmittel mehr gab, eine Situation, die alle Einwohner bedrohte, unabhängig von ihrem Wohlstand oder ihrem sozialen Status. Im 19. Jahrhundert jedoch ermöglichten neue Handelsnetze mit Europa die Einfuhr von Weizen, wenn die lokalen Ernten ausfielen. Einige Stadtbewohner, eine wohlhabende mercantile Minderheit, begannen, von der Dürre zu profitieren, während andere, die arbeitende Mehrheit, sich mit hohen Preisen für Grundnahrungsmittel abfinden mussten. Die Umweltkrisen verdeutlichen somit die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. (Holden 2009, 23).

Die Schlussfolgerung von Holden, dass es Umweltkrisen waren, die die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerten, ist allerdings zu überdenken. Viel spricht dafür, Sen's (1981) ökonomischen Überlegungen eine größere Erklärungsreichweite einzuräumen. Die neue Nahrungssicherheit im Marokko des 19. Jahrhunderts konnte nur durch eine räumliche Ausdehnung und gleichzeitige Kommerzialisierung des Nahrungssystems verwirklicht werden, allerdings mit der Folge einer gesellschaftlich Differenzierung vor Ort. Schutz vor Hunger konnten sich nur die Reichen leisten, während die Armen aufgrund mangelnder Kaufkraft (und einem *exchange entitlement decline*; Sen 1981) exponiert und verwundbar blieben.

Ein weiterer Aspekt der Interventionspolitik betrifft ihre räumlichen Auswirkungen. Bereits 1860 hatten sich erste Händler aus Fes im Zuge der industriellen Revolution in Manchester und Lancashire niedergelassen und handelten mit englischen Gütern, also Fertigwaren. 1892 lebten bereits 40 Marokkaner, die meisten aus Fes, in Manchester (Holden 2009, 24). Zunehmend etablierten sie Niederlassungen in Europa, aber auch in Ägypten und Westafrika. Sie wurden zu den wichtigsten Ansprechpartnern des Sultans für die Versorgung mit Getreide in Notsituationen. Bereits im Nachgang der Dürre vom Herbst 1825 hatte der Sultan 25.000 Tonnen europäisches Getreide aufgekauft und es zu den marokkanischen Häfen transportieren lassen. Auch

1878, im ersten Jahr der großen Hungersnot, die bis 1884 andauerte, gelangten allein 11.000 Tonnen Getreide über den Hafen von Essouira nach Marokko. Doch auch über die Häfen von Casablanca, Safi und Rabat lies der damalige Sultan lokale Märkte versorgen. Mehrere Entwicklungen zeichneten sich ab: Die Hungerflüchtlinge migrierten in der Hoffnung auf Arbeit und Nahrungsversorgung zu den Häfen (ebd. 26). Die Bauern und Bäuerinnen waren zu Notverkäufen ihres Landes an städtische Händler gezwungen, die sich zunehmend über diesen Mechanismus bereichert haben (ebd. 25). Schließlich lösten die hohen Nahrungsmittelpreise Proteste städtischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Fes und Marrakesch aus. Dennoch lässt sich festhalten, dass sich durch die nun mögliche Versorgung der städtischen Armen mit Importweizen der Schwerpunkt der von Hunger Betroffenen im späten 19. Jahrhundert von der Stadt aufs Land verlagerte. Aus legitimatorischen Erwägungen, die auf die Vermeidung urbaner Proteste abzielten, und ermöglicht durch die Kommerzialisierung des Nahrungssystems und die Ausbildung privatwirtschaftlicher transnationaler Handelsnetze findet in Fes und Umgebung eine räumliche Umkehr der Verwundbarkeit statt. Die Bewohner der Stadt, insbesondere die Wohlhabenden, waren vor Nahrungsunsicherheit geschützt, während die Bauern und Tierhalter auf dem Land politisch an Bedeutung verloren und weitgehend ohne Protektion lebten.

Doch auch andere Strategien wurden zur Vermeidung und Abfederung von Krisensituationen eingesetzt. Neben der Ausdehnung der Einzugsgebiete (Importweizen) spielte die Lagerung von Getreide bereits traditionell eine wichtige Rolle, was sich bei der großen Hungersnot (1878–1884) in Marokko erneut zeigte. Ihr vorausgegangen waren die Dürren von 1867 und 1869. Die Bevölkerung hatte sich gerade von den Ernteausfällen erholt, als Heuschrecken einen Großteil der erwarteten Weizernte zerstörten und erneute Dürreperioden folgten. Sultan Moulay Hassan, als Verkörperung der Zentralinstanz, passte seine Interventionen an:

Während der großen Hungersnot begann der Sultan, Steuern in Form von Naturalien und nicht in Form von Geld zu erheben. Die marokkanischen Bauern waren seit dem achtzehnten Jahrhundert in die Geldwirtschaft eingebunden, als die alawitischen Sultane begannen, auf den ländlichen Märkten Steuern zu erheben. In den frühen 1880er Jahren verlangte Moulay Hassan dann von allen ländlichen Stämmen, ihre Steuern in Naturalien zu zahlen, und erhöhte die Abgabe von Weizen und Gerste. Auf diese Weise füllte er

die königlichen Silos auf, was es ihm ermöglichte, die städtische Verteilung von Weizen zu erhöhen, wenn die Ernten ausfielen. (Holden 2009, 30).

Minderwertiger Weizen aus den Silos von Fes wurde beispielsweise während der Hungerkrise in die städtischen Märkte gebracht, um Inflation und Hungersnahrungen entgegenzuwirken (ebd. 33); und 1897 wurde aus Fes Weizen bis ins algerische Tlemcen geliefert, um einen dortigen Nahrungsengpass abzufedern (ebd. 31). Während der Dürre von 1905 kaufte der Sultan hingegen Weizen in Marseille – was massive Protestbewegungen in Fes verhinderte. Die Politik der Speicherhaltung von Getreide hatte demnach zentrale Bedeutung für die Nahrungs- und Herrschaftssicherung und eine lange Tradition (vgl. Popp et al. 2011).

Hilfe bei der Sicherung der Nahrungsversorgung erfolgte auch von anderer Seite: von Wohltätigkeitsorganisationen, die aus der islamischen Praxis entstanden, und von religiösen Stiftungen (arabisch: *waqf/awqâf* bzw. *hubus*). Stiftungsgüter konnten weder privat veräußert noch vom Staat einfach konfisziert werden und hatten so oft über Generationen Bestand. Fes steht dafür als prominentes Beispiel: Anfang des 20. Jahrhunderts waren ca. 80 Prozent aller kommerziellen und industriellen Einrichtungen der Stadt religiöse Stiftungen (ebd. 36), die seit langem eine zentrale Rolle in der Stadtentwicklung und im kommerziellen Leben spielten. Ihre Erträge werden bestimmten Verwendungen und Gruppen zugeführt, etwa ärmeren Musliminnen und Muslimen, um Nahrungsmittel zu kaufen. So versorgte die Stiftung des kinderlosen Marokkaners Hadj Abdelghani arme Muslime, insbesondere Personen ohne Arbeit oder Familie, welche sie hätte versorgen können, mit insgesamt 24 Tonnen Weizen pro Jahr (Holden 2009, 37). Andere Zielgruppen konnten etwa Studierende von Religionsfragen, lokale Heilige oder Anhänger einer Bruderschaft sein.

Festzuhalten ist daher, dass im vorkolonialen Marokko Hungerkrisen vor allem als Konsequenz unzureichender und variabler Getreideproduktion meist in Folge von Dürren aufraten und besonders gravierende Konsequenzen hatten, wenn sie mit anderen Ereignissen wie Epidemien oder Heuschreckenplagen zusammentrafen. Das Spektrum der Interventionen vergrößerte sich mit dem Ausbau der Handelsnetzwerke nach Europa und der Möglichkeit, Weizen gezielt zu importieren, was die Legitimität der Zentralinstanz verbesserte und ihre Handlungsreichweite erweiterte, die bis dahin vor allem von der Verwendung traditioneller Getreidespeicher und islamischer Wohltätigkeitsorganisationen abhing.

Durch die koloniale Übernahme Marokkos durch Frankreich (1912) änderten sich nicht nur die Herrschaftsstrukturen sondern auch das Nahrungssystem grundlegend. Swearing (1988) untersucht die französische Weizenpolitik in den ersten beiden Dekaden des französischen Protektorats (1912–1956) und bescheinigt ihr, dass sie vor allem auf Legenden und kaum auf ökonomischer Logik beruhte. Trotz unzureichender Informationen ging die französische Kolonialregierung (fälschlicherweise) davon aus, dass sich Marokko im Gegensatz zu anderen Ländern des Maghreb hervorragend für den Anbau von Getreide eigne und dass nur geringe Investitionen für den Weizenanbau benötigt würden, der ob des nationalen Getreidemangels während des ersten Weltkrieges in Frankreich stark nachgefragt wäre. Die sogenannte Cosnier-Strategie sah daher vor, Marokko in den Brotkorb Frankreichs zu verwandeln (Swearing 1988, 21). Die Kolonialregierung befürwortete entsprechend die Förderung von Großgrundbesitz, um einerseits Weizen mechanisiert anbauen und andererseits europäische Siedler dafür gewinnen zu können. In diesem Rahmen wurden zwischen 1917 und 1931 bevorzugt im atlantischen Marokko insgesamt ca. 250.000 Hektar für etwa 1.600 Kolonisten zum Weizenanbau erschlossen. Andere Maßnahmen zur Privatisierung der Landwirtschaft folgten. Der landwirtschaftliche Umbau war dabei begleitet von einer französischen Subventions- und Ausschüttungspolitik, die einzelne Maßnahmen wie den Einsatz von Weichweizen, von mechanischen Geräten wie Pflug und Traktor, sowie neue Landerschließungen und die Exportorientierung monetär belohnte. Bezogen auf die Flächenbelegung zeigte sich diese Strategie zwar als voller Erfolg – allein zwischen 1918 und 1929 vergrößerte sich die Anbaufläche von 1,9 auf 3 Millionen Hektar. Allerdings bedeutete die Ausdehnung des Weizenanbaus, dass nun weniger Gerste produziert wurde. Gerste benötigte zum damaligen Zeitpunkt der auf Regenfeldbau basierenden Agrartechnik ca. 230–300 mm Jahresniederschlag, Weizen hingegen 360–400 mm. Hieraus resultierte, dass mit dem kolonialen Weizenausbau eine neue Verwundbarkeit gegenüber niederschlagsbedingten Produktionseinbrüchen entstand. Gleichzeitig wurde der hoch subventionierte und aufgrund seiner Produktionsschwankungen wenig ertragreiche Weizenanbau ab Mitte der 1920er Jahre zunehmend zur ökonomischen Belastung für Frankreich.

Im Jahr 1929 setzte zudem eine langanhaltende Agrarkrise in Marokko ein; sie begann scheinbar widersprüchlich mit einer außergewöhnlich guten Ernte. Eine massive Überschussproduktion nicht nur in Marokko, sondern auch in Frankreich und in anderen Ländern führte zunächst dazu, dass die (subventionierten) marokkanischen Weizenimporte von den französischen Produzen-

ten endgültig als ernsthafte Konkurrenz wahrgenommen wurden. Es folgte die Aushandlung neuer Auflagen und Quoten (Swearing 1988, 24), die um 1930 in Marokko mit drei massiven Problemen zusammentrafen: einer erneuten Dürre, einer dramatischen Heuschreckenplage und den negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Zum Beweis der Leistungsfähigkeit des Protektorats erfolgten im anschließenden Dürrejahr dennoch Weizenexporte nach Frankreich, obwohl das Getreide dringend in Marokko gebraucht worden wäre. Swearing hält fest: »In Marokko herrschte ein kritischer Mangel an Getreide für den lokalen Verbrauch. Die gesamte Weizenernte von 1930 entsprach nur etwa 85 Prozent der im Jahr zuvor in Marokko verbrauchten Menge. Eine Hungersnot zeichnete sich ab« (ebd. 25).

Zu bedenken ist außerdem, dass Marokko Anfang der 1930er Jahre aus Sicht der Franzosen und Französinnen noch immer nicht ganz befriedet war. Im von ihnen so klassifizierten »unnützlichen« Marokko, also dem Teil, der Berge und Wüsten umfasste, wurde von einzelnen Berbergruppen noch bis 1934 Widerstand geleistet (Hart 1984). Gleichzeitig begann der landwirtschaftliche Umbau: Die gescheiterte Trockenlandstrategie des Weizenanbaus, die auf der bis in die Antike zurückreichenden Vorstellung der Kornkammer Roms beruhte (vgl. Davis 2007) und die bis heute die Strukturen des Großgrundbesitzes im atlantischen Marokko prägt, wurde durch eine neue koloniale Vorstellung, die vom kalifornischen Traum einer modernen Bewässerungslandwirtschaft, die Obst und Gemüse im großen Stil für den (europäischen) Exportmarkt produzieren sollte, ersetzt (vgl. Swearing 1988).

Während der Rezession in den frühen 1930er Jahren hatte die Kaufkraft in Europa deutlich Schaden genommen und war massiv eingebrochen. Dies übersetzte sich in Absatzschwierigkeiten der Waren aus Fes und hatte Tausende von arbeitslosen Arbeitern und Arbeiterinnen bei den Webern, Tischlern, Spinnern und Schmieden in der Stadt zur Folge. Gleichzeitig brachen die Löhne bis zu 60 Prozent ein. Dies kombinierte sich mit Produktionsausfällen auf dem Land, insbesondere in Südmarokko. Der folgende ländliche Exodus brachte viele Bauern und Bäuerinnen sowie andere mittellose Personen nach Fes, wo die städtische Bevölkerung zwischen 1931 und 1936 von 98.000 auf 135.000 Personen anstieg. Die Lebensmittelsituation verschärfe sich zunehmend: 1936 ernteten die Bauern erneut weniger als ein Drittel der Vorjahresernte. Die nachfolgende Dürre im Jahr 1937 bedrohte geschätzte 1,4 Millionen Marokkanerinnen und Marokkaner, ein Viertel der Gesamtbevölkerung, mit dem Hungertod. Es gab allerdings regionale Schwerpunkte (Holden 2009, 180).

Der gesamte Süden Marokkos ist von einer Hungersnot betroffen. Die Vorräte sind nicht mehr vorhanden: Die befestigten Getreidespeicher (*Agadir-Iragherm*) wurden seit dem Eindringen der Europäer nicht mehr beliefert; die Gewohnheiten der Vorsorge ist aufgegeben worden. (Gallissot 1990, 154).

Da die Speicher leer waren, die Ernte erneut ausfiel und die Tiere starben, versuchten viele, in den Norden und in die Städte zu fliehen. In den dortigen Märkten schoss der Preis für Weizen und anderes Getreide durch die Decke. Auch die Transportkosten stiegen massiv: Für Gerste verdreifachten sich die Preise auf dem Weg zwischen Produktionsort und Marktplatz (Holden 2009, 180). Im Juli 1937 auf dem Höhepunkt der Nahrungskrise mussten Arbeiter, die in Fes noch berufstätig waren, etwa 80 Prozent ihres Einkommens allein für Getreide und Brot aufbringen (ebd. 181). In dieser Zeit verschuldeten sich fünf von sechs Familien, um überhaupt Nahrungsmittel kaufen zu können.

In den 1930er Jahren führte eine Dürre zur schlimmsten Lebensmittelknappheit seit der Großen Hungersnot des 19. Jahrhunderts. Gleichzeitig verringerte die weltweite Rezession die Löhne der städtischen Arbeiter und die Gewinne der Händler, was die Not in den städtischen Zentren noch verschlimmerte. In Weiterführung der vorkolonialen Politik während der ersten siebzehn Jahre des Protektorats hatten die Franzosen einen Sozialvertrag mit der arbeitenden Mehrheit in Fes geschlossen, der einen Mindestlebensstandard als Gegenleistung für politische Untätigkeit garantierte. Doch angesichts des Ausmaßes der Krise in den 1930er Jahren verfügte das Protektorat nicht mehr über die Mittel, um seinen Teil dieses nicht dokumentierten Abkommens einzuhalten. [...]. Die Marokkaner lernten, dass weder der koloniale Staat noch die globalen Netzwerke des Austauschs ihr Wohlergehen sichern konnten; [mehr noch], die wirtschaftlichen und politischen Strategien dieser Krisenzeit bekräftigten die zentrale Bedeutung der lokalen Wirtschaft sowie der personalisierten sozio-politischen Netzwerke, die hierbei zusammentrafen. (Holden 2009, 173–4).

Die französische Kolonialregierung versuchte dennoch, die Versorgungsgengüsse abzufedern: Sie verbot die Migration in den Norden, richtete Versorgungslager ein, in denen die Bevölkerung, oft von Typhus betroffen, geimpft und mit Nahrungsmitteln versorgt werden sollte (Swearing 1988, 97), vergab kleinere Kredite, um die Bevölkerung vor Ort zu halten oder um den Essenskauf zu ermöglichen, und mobilisierte Spenden in Frankreich. Doch letztlich standen nicht genügend Ressourcen zur Verfügung. Ein Zeitzeuge hält fest:

»Auch die Getreidekäufe sind nur ein Notbehelf« (Célérier 1937, 545). Protestaktionen folgten, wie im November 1936 als ca. 500 Personen nach der Freitagspredigt durch die Hauptstraßen der Medina von Fes zogen (Holden 2009). Die Vorboten der politischen Unabhängigkeitsbewegung zeigten sich. Es waren die Nachkommen der Alawiden-Dynastie, denen Vertrauen geschenkt und Loyalität gezeigt wurde und die ihrerseits durch Spenden an die Armen während der Hungerkrise in Fes Präsenz und Verantwortung demonstrierten. Die Politik der Kolonialverwaltung zeichnete sich hingegen durch eine verfehlte Steuer- und Agrarpolitik aus, was sie noch dadurch verstärkte, dass sie lokale Bewältigungsmechanismen wie landwirtschaftliche Diversifikation, die Lagerung von Getreide und die Bedeutung der religiösen Stiftungen vernachlässigte oder sogar durch die Forcierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes sowie den Ausbau von unangepassten unddürreexponierten Monokulturen (Weizen statt Gerste) behinderte.

Nordnigeria: Kano

Watts untersucht im Nachgang seiner einschlägigen Studie zu Hungerkrisen im ländlichen Nordnigeria (*Silent Violence* [1983] 2013) das städtische Nahrungs- system von Kano (1987). Er legt in der Edition von Jane Guyer (1987) zu *Feeding African Cities* damit eine der wenigen Studien vor, die vorkoloniale, koloniale und nachkoloniale Versorgungsstrukturen einer Stadt am Südrand der Sahara historisch vergleichend untersucht. Watts geht zwar davon aus, dass sich Kano-Stadt und die Region, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts etwa drei bis vier Millionen Personen umfassten, zu keinem Zeitpunkt autonom versorgen konnten und es auch immer wieder zu Versorgungsgängen und Hunger kam. Er argumentiert, dass es im Zuge der kolonialen Einbindung allerdings zur verstärkten Kommerzialisierung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Subsistenzproduktion kam, was die lokale Anfälligkeit für Hungerkrisen weiter erhöhte. Um die Ursachen für Hungerkrisen zu verstehen, seien entsprechend nicht allein die Bedingungen bei der Getreideproduktion in den Fokus zu nehmen, sondern auch die Dynamiken der Durchdringung lokaler Austauschprozesse durch preisbildende Märkte sowie die nachgelagerten Mechanismen der Akkumulation.

Eine Erklärung muss [...] im dynamischen Charakter der Haushaltsproduktion, in der teilweisen Kommodifizierung der ländlichen Wirtschaft, in der

sozialen Organisation des Handels und in der kritischen, aber widersprüchlichen Rolle des Kolonialstaates gesucht werden. Mit anderen Worten: Die Erklärung liegt in den sich wandelnden Idiomen der ländlichen Akkumulation und Kommodifizierung, nicht in vermeintlich trägen, stagnierenden und vernachlässigten Produktionsweisen für Getreide. (Watts 1987, 59).

Seit 1804 war Kano Teil des Kalifats von Sokoto, einem islamischen Staat der Fulbe, der mit einer knappen halben Million Quadratkilometern zu den größten vorkolonialen Staaten Afrikas zählte (Watts 2013). An der Spitze stand ein Sultan, der verflochten über ein patrilineares Verwandtschaftssystem etwa 30 Emiraten vorstand – auch dem von Kano. Die Nahrungsversorgung war vom überwiegend ländlichen Charakter des Kalifats geprägt: Mehr als 80 Prozent der Haushalte waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Sie betrieben dauerhaften, intensiven und progressiven Anbau mit Fruchtfolgengewechsel, Zwischenkulturen, Düngung und Schädlingsbekämpfung. Selbst die Städter hatten bedingt Zugang zu Land und produzierten für den Eigenbedarf. Dennoch war Kano auf den Import von Getreide angewiesen. Watts (1987, 64ff.) stellt vier Aspekte heraus, die das urbane Nahrungssystem und die Beziehungen zwischen Staat und Bevölkerung damals prägten: Erstens, die Abschöpfung der Überschussproduktion durch den Staat erfolgte durch Steuern, vor allem durch die so genannte Almosensteuer (*zakkat*), die ein Zehntel der Ernte umfasste und in Getreide gezahlt wurde. Der wichtigste Effekt war die Anlage von Getreidespeichern, die vor allem der Versorgung der Armen und Mittellosen dienen sollte, jedoch in der Praxis auch Angehörige des Palastes mitversorgte. Immerhin konnte in guten Erntejahren Getreide gespeichert und akkumuliert werden, was in Defizitjahren Nahrungsmittelhilfe und Hungerkriseninterventionen in gewissem Umfang ermöglichte (ebd. 65). Zweitens werden lokale Handelsnetzwerke genannt, in denen Großhändler über Patron-Klient-Beziehungen die Produktion von Getreide auf Landgütern für den städtischen Markt betrieben. Drittens spielte der in speziellen ethnischen Gruppen organisierte Fernhandel mit Getreide, der die Produktion aus den südlichen Sahel-Gebieten (Adar, Damagaram, Damerghou) mit Städten wie Kano verband, eine zentrale Rolle. Er war allerdings durch die vorkolonialen Transportmöglichkeiten (Kamele und Esel) in seiner Reichweite und Geschwindigkeit limitiert. Innerhalb der Städte wie Kano bestimmten viertens schließlich Klientelnetzwerke, die sowohl durch Reziprozität und Konkurrenz als auch durch die normativen Werte von Ehre und Scham im Kontext einer moralischen Ökonomie geprägt waren, den Zugang zu Getrei-

de. Dieses System war, obwohl wenig kommerzialisiert dennoch anfällig für Krisen.

Kanos Ernährungssystem war zwangsläufig anfällig für Krisen des ›alten Typs‹. Insbesondere die Dürre war ein fester Bestandteil des Auf und Ab im Zentralsudan, und im Falle eines besonders schweren Ernteausfalls im Hochland konnte das städtische Ernährungssystem völlig zusammenbrechen. [...] Aus mündlichen Berichten geht hervor, dass die großen Hungernöte sich dadurch auszeichneten, dass es auf dem Markt keinerlei Getreide mehr gab und dass es nicht um unzureichende Zugangsrechte (*entitlements*) geht. (Watts 1987, 70/71).

Die Beobachtung, dass vorkolonialer Hunger durch Produktionseinbrüche und das Fehlen von Nahrungsmitteln geprägt war, korrespondiert mit der Analyse von Holden (2009) für Fes in Marokko. Kaufkraftbedingte Zugangsprobleme, wie sie erst durch die kommerzielle Einbindung in größere koloniale Wirtschaftskreisläufe entstanden, spielten vorkolonial noch keine Rolle. In Kano trafen mehrere vorkoloniale Hungerkrisen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bewohnerinnen und Bewohner: 1863, 1873, 1884 und 1889. Diese Krisen offenbarten die limitierte Kapazität, mittels der städtischen Getreidespeicher und der regionalen Handelsnetzwerke die Nahrungssicherung durchgehend aufrecht zu erhalten; Kanos Bevölkerung konnte nicht immer ausreichend mit Lebensmitteln, sprich Getreide, versorgt werden. Doch die Verwundbarkeit der lokalen Bevölkerung sollte mit der kolonialen Intervention weiter zunehmen.

Im Jahr 1903 nahmen die Briten Kano ein und etablierten ihre Kommandozentrale im Osten der Altstadt. Kano expandierte in den folgenden Jahren zum urbanen Zentrum der britischen Administration im Norden Nigerias, 1911 wurden knapp 40.000 Einwohner gezählt. Gleichzeitig wurde die wirtschaftliche Struktur auf landwirtschaftliche Exportproduktion ausgerichtet: Erdnüsse, Baumwolle und Vieh wurden im großen Stil für externe Märkte produziert. Dies hatte eine Ausdehnung der Warenherstellung, eine Zurückdrängung der Subsistenzproduktion, geringere lokale Nahrungsüberschüsse und eine Einbindung ländlicher Produzentinnen und Produzenten in die Weltökonomie mit entsprechender Preisabhängigkeit zur Folge. Da auch die Steuern (*zakkat*) monetarisiert und nicht mehr in Naturalien entrichtet wurden, sanken die Einlagen in den Getreidespeichern – mit dramatischen Folgen:

Die Anfälligkeit der bäuerlichen Erzeuger für Preis- und Wetterschwankungen, die Schwierigkeiten, die haushaltsbezogene Produktion zu kontrollieren und die zunehmende Kontrolle der Händler über den Getreidehandel führten zu einem volatilen Nahrungsmittelsystem. Tatsächlich brach das Ernährungssystem in Kano gleich mehrmals zusammen, und die Stadt wurde 1908, 1914 und 1927 von Hungersnöten und 1943 und 1954 von kleineren Krisen heimgesucht. (Watts 1987, 76).

Diese kolonialen Hungerkrisen zeigten beides, die neue Verwundbarkeit und die beschränkten Interventionsmöglichkeiten des Kolonialstaates. Die Hungerkrise 1908 wurde als solche von den Briten nicht einmal erkannt und überhaupt erst 1909 offiziell registriert. Der Kollaps des Nahrungssystems 1914 war von einer schwerwiegenden Dürre 1913 eingeleitet worden, die auch im östlichen Kanem und in Wadai im Tschad (vgl. Meier 1995) sowie in Darfur im Sudan dramatische Konsequenzen hatte (vgl. De Waal 1989). Getreidehändler in Kano begannen zudem Waren zu horten und Anfang 1914 stiegen die Preise dramatisch: Getreide konnte kaum mehr bezahlt werden, die Krise wirkte gesellschaftsdifferenzierend und wieder waren, wie in Fes, die Armen besonders betroffen. Der koloniale Staat blieb hilflos: »Die kolonialen Bemühungen scheiterten gänzlich daran, sofortige und umfassende Hilfe zu leisten« (Watts 1987, 79). Interventionen erfolgten zu spät, waren quantitativ nicht umfangreich genug und chaotisch organisiert. Im Nachgang wurden allerdings die ersten ernsthaften Diskussionen über Nothilfemaßnahmen vor Ort aufgenommen: Eine davon sah nun vor, Steuern wieder in Naturalien zu erheben, um die lokalen Getreidespeicher gefüllt bereitzuhalten. 1927, nach einer weiteren schlechten Ernte und erneuten Hortungen durch die Händler, konnte durch die Verteilung von Getreide zu subventionierten Preisen in der Stadt trotz schwieriger Situationen das Schlimmste verhindert werden, doch die Mortalitätsraten auf dem Land blieben hoch (vgl. Watts 2013). Während des Zweiten Weltkrieges wurden 1941 eine Preiskontrolle für Nahrungsmittel (*Food Price Control Scheme*) und 1942 ein Aufkaufprogramm für Getreide (*Grain Bulk Purchasing Scheme*) eingeführt. Dennoch zeigten sich neue Verwundbarkeiten (vgl. Watts 1987, 87). Mit dem Versuch, die Rohstoffbeziehungen durch Besteuerung, Monetarisierung und lokales Handelskapital zu vertiefen, untergrub – so Watts – der Kolonialstaat oft seine eigene fiskalische und politische Sicherheit. Hungersnöte waren in dieser Hinsicht nicht nur Produktionskrisen, sondern sie sind gleichermaßen als Interventionskrisen und als Bedrohung der politischen Legitimität anzusehen.

Sudan: Darfur

De Waal, der mit *Famine that Kills* (1989) eine weitere richtungsweisende Arbeit zur Ursache von Hungerkrisen vorgelegt hat, in der er das Verständnis von Hunger aus Perspektive der Betroffenen in Darfur (Sudan) herausarbeitet, kritisiert die Ausführungen von Watts (1983) und anderen Autoren in einem Punkt. So sei die Datenlage in vorkolonialen und kolonialen Situationen Afrikas zu schlecht, um daraus Schlussfolgerungen über die unmittelbaren Todesfälle in Folge von Hungerkrisen ableiten zu können. Das Ausmaß von menschlichen Tragödien sei vielmehr oft unklar und die Kombination mit Krankheiten (Epidemien), die letztlich zum Tode führten, meist unbekannt. Daraus leitet er im Zusammenhang mit dem lokalen Verständnis von Hunger eine differenzierte Perspektive ab. Er geht davon aus, dass der Begriff Hungerkrise (*famine*) zu ungenau sei; oft werde von *famine* gesprochen und massenhafter Tod impliziert – dies treffe aber nicht immer auf die Geschehnisse zu. Er stellt dem ein endogenes, prozesshaftes Verständnis und ein dreiteilig abgestuftes Konzept entgegen:

Hunger (*hunger*) sei etwas, mit dem sich Menschen in subsistenzorientierten Agrarsituationen notgedrungen arrangieren müssten und dies auch könnten. Es handele sich um Mangelsituationen von beschränktem Ausmaß: »Hunger war etwas, mit dem sich die Menschen einfach abfinden mussten. Die Familien rationierten die Lebensmittel, die sie aßen. [...] Sie begannen, weniger, kleinere und weniger angenehme Mahlzeiten zu essen. Sie aßen weniger Hirse und Sorghum und mehr wild-vorkommende Lebensmittel« (De Wall 1989, 112).

Verelendung (*destitution*) sei ein unter Umständen langfristiger Prozess, dem mit verschiedenen Strategien begegnet werde, um solange wie möglich die Lebensgrundlagen zu bewahren, die eine völlige Verelendung verhinderten: »Die Menschen sehen die Hungersnot nicht in erster Linie als Bedrohung für ihr Leben, sondern als Bedrohung für ihre Lebensweise an. Ihr zentrales Ziel während der Hungersnot ist es, ihre Existenzgrundlage zu erhalten, damit sie nach der Hungersnot zu einer normalen oder akzeptablen Lebensweise zurückkehren können« (ebd. 141). Allerdings lösen sich mit zunehmender Verelendung letztlich auch die sozialen Bindungen auf, was die Exponiertheit vergrößert, da Hilfsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden.

Tod (*death*) in der Hungerkrise folge nach dem kompletten sozialen Zusammenbruch, ausgelöst schlussendlich oft von Krankheiten. Es ist diese Situation, die De Waal als todbringende Hungersnot als »*famine that kills*« bezeichnet.

De Waal (1989), der vor allem die Krise 1984–85 im Darfur in den Blick nimmt und sie als eine der folgenreichsten todbringenden Hungersnöte klassifiziert, verweist darauf, dass sie, wenn überhaupt, vergleichbar mit der Krise von 1913/14 sei (ebd. 65). Dürren, ausgelöst durch geringe Niederschläge, kombinierten sich damals mit lokalen Konflikten, die ganze Landschaften verwüstet zurückließen. Selbst in der Stadt El-Fasher war die Situation Anfang des 20. Jahrhunderts dramatisch:

In El-Fasher erreichten die Getreidepreise den Gegenwert von sechs ägyptischen Pfund pro *Ardeb* (128 kg), also das Zwanzigfache des Preises von 1908, das Dreifache der höchsten Hungerpreise in Omdurman und somit einen Preis, der bis zur Hungersnot von 1949 nicht überschritten wurde. (De Waal 1989, 65).

Auch hier, in diesem städtischen Gefüge, ist der Getreidepreis zentral und bestimmt letztlich über Leben und Tod. In Darfur waren im Nachgang der todbringenden Hungersnot 1913/14 viele Gebiete entvölkert und Wildtiere wie Elefanten und Löwen hatten sich den neuen Raum angeeignet. Hilfe von der Kolonialmacht England war nicht zu erwarten. Diese hatte zwar weite Teile des Nordsudan militärisch erobert und bereits 1898 in der Schlacht von Karari bei Omdurman, mit dem jungen Winston Churchill als Augenzeuge, einen entscheidenden Sieg über eine Allianz nordsudanischer Stämme errungen (Gertel 1993, 82), doch sollte Darfur erst 1916 eingenommen werden und unter die anglo-ägyptische Kondominiumsregierung fallen.

Nordtschad: Abéché

Meier hat in ihrer umfassend recherchierten historischen Studie zu »*Hunger und Herrschaft*« (1995) vorkoloniale und frühe koloniale Hungerkrisen im Nordtschad untersucht. Dies betrifft die Sultanate von Bagirmi, Wadai und Kanem sowie die nördlichen Regionen Borku und Ennedi. Sie schließt damit territorial wie inhaltlich an die Forschungen von Watts (1987; 2013) zu Darfur und De Waal (1989) zu Nordnigeria an. Im Mittelpunkt der Analyse steht die todbringende Hungernot von 1913/14, die damals den gesamten Sahel betraf und weder lokal begrenzt war noch unmittelbar eine Folge militärischer Gewalt darstellte, die jedoch in ihrem Nachgang »Hunger und Gewalt in solchem Ausmaßen [hervorbrachte], dass sie selbst nach den Hunger- und Kriegserfahrungen der siebziger und achtziger Jahre als die größte Krise des [20.] Jahrhunderts in Er-

innerung geblieben ist« (Meier 1995, 2). Doch auch diese Krisensituation kennt vorausgegangene Problemlagen im Tschadseeraum. Vom 16. bis zum 19. Jahrhundert zählt Meier mindestens 27 verschiedene, teilweise mehrjährige Ereignisse, die als Krieg, Dürre, Hunger, Pest, Trockenheit, Pleuropneumonie und Rinderpest in den Quellen angegeben werden (Meier 1995, 102, Tab. 1). Hunger wurde dabei als prozesshaft beschrieben, allerdings eher stereotyp erfasst: Auf eine Teuerung, meist durch schlechte Ernten ausgelöst und mit der Knappheit an Grundnahrungsmitteln verbunden, folge eine Epidemie (etwa Pest, Pocken, Masern, Gelbfieber) und schließlich Streit und Gewalt wie Razzien und Plünderungen. Migration, Flucht und neue Abhängigkeiten seien deren Folgen (ebd. 119, 190). Doch wie haben vorkoloniale Staaten auf Krisen reagiert? Meier hält fest:

An manchen Orten [...] wurden Ausfuhrverbote für Getreide erlassen. Die lokalen Speicher, in denen ein Anteil der *Zakât*-Steuer gelagert wurde, wurden in Mangelsituationen geöffnet. [E]ine weitere Maßnahme bestand in der Anpassung der Steuerpflicht. Besteuert wurden ja grundsätzlich Ernten, so dass bei einem totalen Ausfall die Abgaben gänzlich wegfielen. (Meier 1995, 131).

Erst in den Jahren nach 1900 gelang es einigen wenigen Franzosen mit ihren afrikanischen Truppen die Sultanate von Bagirmi, Wadai und Kanem unter ihre Herrschaft zu bringen. Frankreich erweiterte hierdurch seine kolonialen Ansprüche in Afrika. Der Aufbau der französischen Kolonialverwaltung verlief allerdings langsam. Erst nach und nach wurde die alte lokale Ordnung verändert, dann aber tiefgreifend (Meier 1995, 159ff.). Drei Prozessbündel sind dabei von besonderer Bedeutung: Die neue französische Kontrolle unterband durch sogenannte Mearisten, einer berittenen Truppe, die Dromedare einsetzte, den nomadischen Austausch zwischen dem Tschadsee und dem Norden. Handelsrouten nach Bagirmi und Kanem wurden gekappt und die Besetzung von Abéché (1909) führte zur Unterbrechung der Handelsbeziehungen nach Osten und Norden (ebd. 161). In der Folge brach das komplexe Versorgungssystem des Nordens zusammen: »Konnte bis 1909 über Wadai Getreide und Fleisch nach Norden transportiert werden, erwies sich die Versorgung nach der Besetzung von Abéché als immer schwieriger und bald als nahezu unmöglich« (ebd. 160). Weiterhin wurden von der neuen Kolonialmacht Zwangsarbeit, die Enteignung von Nahrungsmitteln und Transporttieren sowie neue Steuern durchgesetzt – ebenfalls mit weitreichenden Konsequenzen. Allein die Tragearbeiten zur Sicherung des Nachschubs für die Truppen wurden auf

100.000 Manntage angesetzt. Männer wurden entsprechend gewaltsam zum Dienst gezwungen, andere als Geiseln festgehalten und Widerspenstige hingerichtet (ebd. 169). Gleichzeitig kam es zu Zwangsrequisition, sprich der Enteignung, von Getreide und Transporttieren, was sogenannte Hilfstruppen der kolonialen Kräfte immer wieder durchsetzten und mit Plünderungen verbunden. Darüber hinaus wurden ab 1906 neue Kopf- und Viehsteuern eingeführt, die ca. 70 Prozent des lokalen Verwaltungsbudgets bereitstellten. Doch »im Unterschied zum alten System, das flexible Abgaben kannte, verordnete das neue eine auf den genauen Geldbetrag festgelegte individuelle Steuerpflicht« (ebd. 170). Nicht nur waren einmal festgesetzte Beträge für lange Zeit gültig, sie mussten nun auch in Geldform entrichtet werden, was die Monetarisierung der lokalen Austauschsysteme mit allen Folgen der Akkumulationsmöglichkeiten und des externen Ressourcenabflusses nach sich zog. Der Entzug vor staatlichem Zugriff und Rebellion waren die Folgen. Meier (1995) hält fest:

Unter der Herrschaft der Sultane waren die gleichen Produkte zwar ebenfalls als Steuern eingezogen worden, aber weit weniger regelmässig. Ein grosser Teil der Getreideabgaben war in den lokalen Getreidespeichern geblieben. Eine Vielzahl regional geregelter Abgaben hatte Rücksicht auf die spezifischen Produktionsverhältnisse genommen. Die Forderungen der Franzosen berührten so unmittelbar die Nahrungsversorgung, insbesondere da Jahr für Jahr der Gegenwert eines festgesetzten Geldbetrages eingezogen und deshalb keine Rücksicht auf die jeweiligen Bedingungen genommen wurde. (Meier 1995, 178).

Schließlich kam das spezifische Krisenverständnis der Franzosen hinzu, das sich von dem der lokalen Bevölkerung grundsätzlich unterschied. Hunger wurde von ihnen laut Meier (1995, 181) als Folge menschlichen Tuns, einem allzu sorglosen Dahinleben und einer unordentlichen Staatsführung verstanden. Aus französischer Sicht lebten einzelne Produzenten »unbekümmert in der Gegenwart und seien unfähig auf längere Sicht Vorräte anzulegen« (ebd. 181). Entsprechend diesem Verständnis charakterisierte Hunger die Strukturprobleme einer »primitiven« Gesellschaft und bestätigte den kolonialen Standpunkt: die afrikanischen Gesellschaften seien nicht einmal fähig, ihre Versorgung sicherzustellen.

1913/14 kommt es im Norden des Tschad, wie bereits in Kano und in Darfur deutlich wurde, zur schwerwiegenderen Hungerkrise des 20. Jahrhunderts: einer todbringenden Hungersnot im Verständnis von De Waal (1989). Damals kumulierte Trockenheit und Dürre. Doch während Meier das Zusammentref-

fen der kolonialen Eroberung und die ausbleibenden Niederschlägen als eher zufällig einordnet, sei die gleichzeitige Versorgungskrise keineswegs zufällig aufgetreten (1995, 192), sondern maßgeblich von den Franzosen mit verursacht worden (ebd. 248, 264). Mehrere Entwicklungen und Maßnahmen hatten dazu beigetragen: Die Niederschläge waren – ortsabhängig unterschiedlich – aber insgesamt ab 1912 fast flächendeckend im nördlichen Tschad nicht mehr ausreichend, um normale Ernten einzufahren. Im Jahr 1913 wurde die Trockenheit als überall wirksam und als absolut klassifiziert (ebd. 184). In Kanem kam es bereits 1911 zu Ernteeinbußen von zwei Dritteln. Dabei galt die Tendenz: »Je weiter nördlich ein Marktort lag, desto früher verknappete sich das Angebot« (ebd. 210). Auch die Kamelzucht war massiv betroffen: von ca. 10.000 Kamelen 1902 waren 1913 nur noch 840 verblieben (ebd. 195).

Trotz der Dürrekrise versuchte die Verwaltung, die Steuereinnahmen im vollen Umfang durchzusetzen. Damit entzogen die Franzosen dem lokalen Nahrungssystem »beträchtliche Mengen an Getreide, was die Preise noch weiter in die Höhe trieb« (ebd. 203). Ab 1911 wurde teilweise versucht, Kopf- und Viehsteuer in Geldform einzuziehen zu lassen, was einen lange erwarteten Aufstand auslöste (ebd. 200). Die französischen Kolonialisten befanden sich in einer Zwangslage und hatten 1911 weder Geld in der Kasse (auch physisch waren keine Münzen vorhanden) noch verfügten sie über ausreichend Getreide. Im Nachgang der Unruhen wurden die Befugnisse des Sultans zunächst eingeschränkt, im Juni 1912 wurde er ganz abgesetzt und die lokale Oberschicht erlitt deutliche Einkommenseinbußen.

Zwei Reaktionen folgten der Krise unmittelbar: Zum einen eine Massenabwanderung in Richtung Süden, bei der hunderte von Kilometern zurückgelegt werden mussten, um in regenreichere Gebiete zu gelangen. Zunächst machten sich die mobilsten Gruppen, die nomadisierenden Viehzüchter, auf den Weg. Bald folgten jene Sesshaften, die am stärksten betroffen waren, und schließlich migrierten Ende 1913 ganze Dörfer in den Süden. Der Zustrom der Flüchtlinge erschöpfte allerdings schnell die örtlichen Reserven und führte auch in diesen Gebieten zu Engpässen. Hungerflüchtlinge, so Meier (1995), waren daher »kaum jemals willkommen« (ebd. 223). Sie versuchten sich mit dem Sammeln wildwachsender Pflanzen durchzuschlagen, nur erzwungen ließen sie sich in Lagern nieder, andere gaben sich als Pfänder oder Sklaven – männliche wie weibliche – in die Hände von Bessergestellten und auch Kinderverkäufe wurden gemeldet (ebd. 225). Zum anderen folgte als weitere Reaktion die Zunahme von Gewalt. Neben Razzien, Überfällen, Diebstählen und Morden formierte sich Widerstand auch in religiöser Form: Neue Propheten traten auf und kün-

digten den Mahdi an, von dem angenommen wurde, er leite den endgültigen Kampf zwischen Gut und Böse ein. Eine damit verbundene Guerilla formierte sich insbesondere im Umland von Abéché, wobei »religiöse und politische Beweggründe und ökonomische Interessen kaum voneinander zu trennen« waren (ebd. 229).

In Abéché, weit nördlich und im Zentrum von Wadai gelegen, sank die Bevölkerung von 28.000 (Anfang 1911) in den drei Krisenjahren auf ca. 7.000 (Ende 1913) (vgl. Meier 1995, 220). Viele flüchteten ins Umland oder in den niederschlagsreichen Süden. Zwar reichte die Ernte von 1910/11 aus, um den Mangel abzuwenden, aber Vorräte wurden nicht angelegt. Die Sorglosigkeit der Franzosen führte vielmehr dazu, dass die französische Garnison in Abéché nur in sehr geringem Umfang Getreide einlagerte (ebd. 202). Auf den Märkten wurde Hirse immer seltener angeboten – und von November 1913 bis April 1914 war gar keine mehr auf dem Markt von Abéché zu finden. Entsprechend hatte sich der Preis für Hirse von Juli 1910 bis Juni 1913 in der Stadt verzehnfacht, während der Preis für Tiere sich bis April 1913 halbiert hatte (ebd. 207). »Mit den neuen Ernten fiel der Preis zwar ab Oktober 1914 schlagartig, doch lagen 0,2 Fr. noch immer 300 Prozent über dem üblichen Erntepreis von 0,05 Fr.« (ebd. 213). Bezuglich der Sterblichkeit zeigten sich zwei Höhepunkte in der Stadt. Die Zahl der Toten war in den Monaten Dezember 1913 bis März 1914 hoch, dann nahm die Sterblichkeit ab, um mit Beginn der Regenzeit im Sommer 1914 nochmals in die Höhe zu gehen. Mit ca. 1.500 Toten zwischen November 1913 und August 1914 war etwa ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner (5.000 bis 7.000) in kurzer Zeit gestorben. Diese Todesfälle seien, so Meier, allerdings nur im Zusammenhang von Krankheiten sinnvoll zu erklären, auch wenn im Einzelnen die Quellenbelege für den Beweis einer direkten Kopplung unzureichend seien. Generell erhöhte die Mobilität die Ausbreitung von Epidemien. Neben Diarrhöe kamen Regenzeitkrankheiten wie Malaria und die Schlafkrankheit hinzu, die sich im Sommer 1914 in Abéché ausgebreitet hatten. Im anschließenden Winter hingegen traten typische Hungerkrankheiten wie Masern und Hirnhautentzündung auf (ebd. 232). Folgerichtig aber auch spektakulär für ein fehlgeschlagenes Krisenmanagement war der Abzug eines großen Teils der Garnison von Abéché im März 1914 und ihre Verlegung in den Süden.

Welcher Logik folgten die Handlungen der Franzosen während der Krise? Generell, so Meier (1995), überwog die Sorge um die französische Machtposition. Im Gegensatz zu früher, als der Krieg ein saisonales Phänomen war, da das Fußvolk seine Versorgung durch eigene landwirtschaftliche Tätigkeiten si-

cherte, stellen Mangel und Hunger die Versorgung der Truppe in Frage, die inklusive ihrer Angehörigen fast ausschließlich Konsumentinnen und Konsumenten waren, die es durchgängig zu versorgen galt (ebd. 234). Die Franzosen begannen jedoch in der Not nicht die Getreidespeicher zu öffnen, sondern möglichst viel Getreide von der bereits mittellosen Bevölkerung einzuziehen, um ihre Truppen zu versorgen. Rund drei Viertel der Truppen waren in Mangelgebieten stationiert, was den Bedarf angesichts des umfangreichen Trosses an Angehörigen beträchtlich machte. Die Kolonialverwaltung griff während der Krise erstmals direkt in die Produktion ein und verordnete eine Ausdehnung der bewässerten Anbauflächen. Darüber hinaus wurden Zulieferungen von Getreide aus den landwirtschaftlich begünstigten Gebieten des Südens angeordnet (ebd. 236). Schließlich wurden während der Krise die Steuern nochmals umgestellt und wieder in Naturalien eingefordert, was bis Ende 1914 in Kraft blieb. Nahrung war also hier wie in anderen Städten für einen zahlungskräftigen und privilegierten Teil der Bevölkerung während der Krise vorhanden – doch der Zugang dazu war asymmetrisch über Verfügungsrechte reguliert; Franzosen und reiche Einheimische waren selbst in der Hungerkrise weitgehend abgesichert. Meier (1995) resümiert: »Die Wahrung der militärischen Präsenz geschah unter Einsatz aller Mittel« und kostete die Kolonialverwaltung viel Substanz (ebd. 241). Die tiefgreifenden Eingriffe in die lokale Ökonomie basierten letztlich auf einer großen Ahnungslosigkeit der Kolonialmacht, die kaum über die geeignete Expertise verfügte, mit Nahrungskrisen vor Ort sinnvoll umzugehen.

Naher Osten: Beirut

Während des Ersten Weltkriegs waren Teile des Osmanischen Reichs von Nahrungsunsicherheit und Hunger betroffen. Anders als in Nordafrika traten im Nahen Osten allerdings nicht Dürren als Auslöser von Krisen in den Vordergrund. Hier war es vielmehr das kriegsbedingte Blockieren von Versorgungswegen sowie Massenvertreibungen. Auch die Interventionen zur Abfederung von Krisen gestalteten sich unterschiedlich. So riefen die Hungersnot in Beirut (1917/18) und die Versorgungskrise der armenischen Flüchtlinge im Osmanischen Reich nicht koloniale europäische sondern internationale Interventionsbemühungen insbesondere seitens der USA hervor. Weizen kam als Importgut eine besondere Rolle zu.

In ihrer Studie *The Charity of War* setzt sich Tanielian (2017) mit der Kriegssituation im Ersten Weltkrieg (1914–18) im Libanon auseinander. Die Integration des Osmanischen Reichs, zu dem der heutige Libanon damals zählte, in den kapitalistischen Weltmarkt zog weitreichende und gravierende Umbrüche nach sich. Durch ökonomische Veränderungen, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg begannen und sich währenddessen intensivierten, waren Voraussetzungen geschaffen worden, die die lokale Bevölkerung besonders verwundbar gegenüber den Kriegsereignissen machten. Für das Gebiet des heutigen Libanon lässt sich dies am Beispiel der Seidenproduktion illustrieren. Angelockt von hohen Profitraten stiegen viele Bauern und Bäuerinnen von der Subsistenzproduktion von Nahrungsmitteln auf den Anbau von Seide als *cash crop* um, die hauptsächlich zum Verkauf bestimmt war. In der Folge waren sie gezwungen, ihre Lebensmittel vom Markt und teilweise aus dem Ausland zu beziehen (ebd. 30). Ein Kommerzialisierungsprozess setzte ein, der neue Abhängigkeiten hervorbrachte und die Bewohner gegenüber dem Kriegsgeschehen exponierte. Gleichzeitig war das Osmanische Reich als Verbündeter Deutschlands in übergeordnete Konfliktkonstellationen eingebunden, in deren Verlauf der beschränkte Zugang zu Nahrungsmitteln, etwa durch Belagerungen, als politische Waffe eingesetzt wurde (ebd. 76). Während das Osmanische Reich zwar Nahrungsmittelimporte für die militärischen Streitkräfte zur Priorität machte, stellte es die Versorgung der Zivilbevölkerung hintenan. Die externe Versorgungsabhängigkeit von Getreide wurde zu einem schwerwiegenden Problem, als Ende des Jahres 1914 französische, britische und russische Schiffe eine »Blockadeflotte« zusammenstellten, die die Mittelmeerküste kontrollierte und damit ein inoffizielles Embargo verhängten, was eine der wirksamsten Kriegsstrategien gegen das Deutsche Reich und seinen internationalen Seehandel darstellte. Neben Waffen und Munition verhinderte die Blockade auch die Bereitstellung aller Güter, auch Nahrungsmittel, die das feindliche Militär und in diesem Falle das Osmanische Reich hätten unterstützen können (ebd. 59).

Für die zivile Bevölkerung in Beirut wurde die Situation besonders dramatisch, als eine Heuschreckenplage 1915 die lokale Ernte zunichtemachte. Zur gleichen Zeit erfolgte zwar in anderen Provinzen des Osmanischen Reichs eine Überschussproduktion von Weizen, doch trotzdem kam es bereits im November 1914 zu Nahrungsengpässen an der libanesischen Küste. Mehrere Ursachen spielten hierbei zusammen: Ein Eisenbahnsystem, das Waren aus den landwirtschaftlichen Gunstregionen hätte transportieren können, stand zwar prinzipiell zur Verfügung, doch wurde es ausschließlich zur Versorgung

des Militärs eingesetzt. Hinzu kam, dass der Schienenverkehr auf importierte Kohle als Treibstoff angewiesen und damit ebenfalls von der Seeblockade betroffen war. Der Transport von Weizen für das Militär vom Landesinneren zur Küste wurde damit ein »teures Abenteuer« (Tanielian 2014, 64). Die Lieferungen für Zivilisten erfolgten nur noch sporadisch, waren kostenintensiv und gänzlich unzuverlässig. Die Angst vor Preissteigerungen, die aus diesen Abhängigkeiten resultierten, ließ die Gouverneure der Provinzen von Damaskus und Aleppo ein Exportverbot ausrufen. Hinzu trat die Wehrpflicht als ein weiterer Grund, der die Nahrungsmittelsituation insbesondere in der Region Berg Libanon verschärfte. Die Einberufung ins Militär verstärkte den Arbeitskräftemangel besonders während der Ernte (ebd. 69). Zusammengenommen führten diese Faktoren dazu, dass sich aus einer anfänglichen Lebensmittelknappheit eine Hungersnot entwickelte, die bis zum Ende des Jahres 1918, als sich der Erste Weltkrieg dem Ende näherte, schätzungsweise zwischen 350.000 und 500.000 Menschen das Leben kostete (ebd. 738). Grobba, ein deutscher Diplomat, der zu dieser Zeit als Soldat in Palästina stationiert war, führt aus:

Im Winter 1917–18 nahm die Hungersnot in Beirut und im Libanon erschreckende Formen an. Die Bilder, die man täglich in den Straßen sah, waren herzzerreißend. Die türkischen Behörden standen diesen Verhältnissen völlig ohnmächtig gegenüber, aber sie bemühten sich auch nicht ernstlich, Abhilfe zu schaffen. (Grobba 1923, 82).

Welche Interventionen und Hilfsmaßnahmen wurden eingesetzt? Private und öffentliche Strategien, den Nahrungsmittelengpässen und Hungersnöten entgegen zu wirken, waren auf drei Ebenen zu finden: auf lokaler, staatlicher und internationaler. In den damit verbundenen Netzwerken bestand ein erbitterter Wettbewerb um die Loyalität der lokalen Zivilbevölkerung (Tanielian 2017, 15). Versorgungslücken, die insbesondere in der anfänglichen Zeit durch die Passivität des Osmanischen Staates zustande kamen, konnten so durch die Bemühungen internationaler und lokaler Akteure geschlossen werden. Denn die Protagonisten, die im Wettbewerb um politischen Einfluss in Beirut standen, versuchten sich gegenüber dem immer zentraler werdenden Staat zu behaupten.

Auf lokaler Ebene wurden die Anstrengungen, der Nahrungsmittelknappheit zu begegnen, durch konfessionelle Netzwerken begünstigt und waren zu einem gewissen Grad geschlechterspezifisch geprägt. So waren vor allem Frauen in Hilfsorganisationen tätig. Die fehlende Anerkennung der Frauen

als politische Akteurinnen führte dazu, dass ihr Engagement sogar gefördert wurde, was sie zu einem zentralen Pfeiler von Hilfsmaßnahmen werden lies – wie etwa die *Syrian Ladies' Association* oder die *Society for Aiding the Poor* (ebd. 175). Zudem waren aber auch philanthropische Organisationen wie *Al-Maqasid*, der Griechisch-Orthodoxe Wohltätigkeitsverband oder die Griechisch-Katholischen Wohltätigkeitsorganisation aktiv. Wohltätiges Spendenverhalten war in Beirut bereits vor dem Krieg ein wesentlicher Bestandteil der muslimischen und christlichen Praxis. Mitte des 19. Jahrhunderts fand mit der Errichtung und Gründung verschiedener gesellschaftlicher Organisationen eine grundlegende Verschiebung statt: von einer an der religiösen Gemeinschaft orientierten Wohltätigkeit hin zu einer Wohltätigkeit, die sich auf bestimmte Themenfelder konzentrierte. Diese Bereiche schlossen etwa medizinische Versorgung, Bildung, Beerdigungen sowie den Lebensunterhalt der Armen mit ein (ebd. 177). Obwohl diese Organisationen vom osmanischen Staat weitestgehend unabhängig waren, traf der Krieg jedoch auch sie. Insbesondere ihre Einnahmen waren in den Kriegsjahren drastisch rückläufig. Der Verlust von Stiftungsgrundstücken (*waqf*) sowie höhere Abgaben an den Staat führten zu weiteren finanziellen Einbußen, was die Hilfsleistungen weiter zurückgehen ließ und mit einem Machtverlust der lokalen Beiruter Eliten verbunden war (ebd. 182). Das kam den osmanischen Behörden gelegen, die im Gegenzug eben auf weibliche ehrenamtliche Versorgungsbemühungen setzten und diese förderten. Die *Syrian Ladies' Association* erfuhr so finanzielle und politische Unterstützung von Azmi Bey, dem damaligen Gouverneur Beiruts. Zu ihren Tätigkeiten gehörte, was heute als *Work-For-Cash-* oder *Work-For-Food*-Programme bezeichnet werden würde (ebd. 194): Über eine Beschäftigung in der Textilproduktion zielte der Verband nicht auf distributive allgemeine Wohltätigkeit ab, sondern war bestrebt, verarmten Frauen Fähigkeiten zu vermitteln, mit denen sie über den Krieg hinaus mittelfristig für ein eigenes Einkommen sorgen konnten (ebd. 196). Frauen waren demnach nicht nur als wohltätige Ehrenamtliche von Bedeutung, sondern nahmen ebenfalls in steigender Zahl Arbeit außerhalb des Haushalts auf.

Der osmanischen Staat hat in den ersten beiden Kriegsjahren nur sehr zögerlich auf die Nahrungsknappheit der zivilen Bevölkerung reagiert und zunächst vom Markt erwartet, Nachfrage und Angebot auszugleichen. Er überließ den lokalen Verwaltungen den Umgang mit der Lebensmittelversorgung. Im August 1915 versuchte der osmanische Gouverneur seinen Einflussbereich gegenüber der Lokalverwaltung Beiruts durch die Errichtung eines Weizenverbandes auszudehnen. Der Verband, der den Weizenhandel

durch festgeschriebene Preise kontrollieren sollte, war jedoch kaum erfolgreich, da der Handel auf dem Schwarzmarkt für viele Händler höhere Profite versprach (ebd. 100). Im Juli 1916 und nach zahlreichen Berichten von lokalen Hungersnöten intervenierte die osmanische Regierung. Das *Imperial Ottoman Office for Provisioning*, das in Zusammenarbeit mit deutschen Beratern eingerichtet worden war, und der *Provisional Grain Act* (Juli 1916) sahen vor, dass die osmanischen Behörden sämtliches Getreide von den Produzenten zu einem festen, vergünstigten Preis aufkaufen sollten, um es unter den Soldaten und den bedürftigsten Zivilisten zu verteilen.

Das Ergebnis war verheerend. Ein amerikanischer Augenzeuge berichtete, dass die Militärbehörden im Oktober die Kontrolle über den gesamten Weizenvorrat und sogar über Feigen, Trauben und Oliven übernommen hatten. Die beschlagnahmten Güter wurden dann an alle Bezirke ›umverteilt‹, aber jeder erhielt nur ein Drittel dessen, was zum Überleben notwendig war. (Tanielian 2017, 102).

Getreideproduzenten begegneten dieser Maßnahme mit Widerstand: Sie versteckten das Getreide vor den Behörden, verkauften es auf dem Schwarzmarkt und bestachen lokale Beamte, damit ihre Ernte geringer eingeschätzt wurde, als sie tatsächlich war, oder ihnen ermöglichte Getreide von niedrigerer Qualität zu liefern (ebd. 105). Nachdem der staatliche Eingriff in die Verteilungsmechanismen des Getreidemarktes nicht erfolgreich war, beschloss die osmanische Regierung, sich der landwirtschaftlichen Produktion direkt anzunehmen. Das *Cumpulsory Cultivation Law* (1916) sah vor, dass jede Frau und jeder männliche Bauer älter als 14 Jahre, der nicht in der Armee diente, eine bestimmte Fläche Land für mindestens acht Stunden täglich bewirtschaftete (ebd. 105). Auch dieses Gesetz erzielte nicht den gewünschten Erfolg: Die Ernte ging auf 75 Prozent des Vorjahresertrags zurück (ebd. 106).

Auch die internationalen Bemühungen hatten nur gemischten Erfolg. Insbesondere amerikanische Wohltätigkeitsorganisationen waren im östlichen Mittelmeerraum aktiv und können prinzipiell als Wegbereiter für die Konsolidierung internationaler Hilfsbemühungen in der Zwischenkriegsphase gesehen werden (Watenpaugh 2015). Ihre Hilfsbemühungen konzentrierten sich auf Beirut und die benachbarten Gegenden. Dies lag zum großen Teil daran, dass diese meist in Beziehung zum *Syrian Protestant College*, dem Vorläufer der Amerikanischen Universität Beiruts (AUB), standen.

Was Beirut jedoch von anderen schwer getroffenen Städten in der Region unterschied, war die Tatsache, dass es internationale humanitäre Hilfe anzog. Zunächst organisierten ortsansässige Amerikaner, später in Zusammenarbeit mit muslimischen und nicht-muslimischen Mitgliedern der wohlhabenden und gehobenen Mittelschicht der Stadt, umfangreiche Hilfsmaßnahmen, die später auch von philanthropischen Organisationen in den Vereinigten Staaten massiv unterstützt wurden. (Watenpaugh 2015, 46)

US-amerikanische Hilfsleistungen wurden zunächst als neutral angesehen und als weniger von imperialen Interessen bestimmt als die der Franzosen und Briten. Dabei wurde die bereits bestehende Struktur des Amerikanischen Roten Kreuzes genutzt und Finanzierungskampagnen sowohl lokal als auch in den Vereinigten Staaten initiiert, wobei die Diaspora-Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielte. Ein für die Durchführung der Hilfsmaßnahmen gegründetes Komitee stellte in Beirut Zelte bereit sowie Betten, medizinisches Equipment, Operationswerkzeuge und Nahrungsmittel (Tanielian 2017, 208). Neben der Verteilung von Mehl wandten die amerikanischen Hilfsorganisationen so oft es ging *Work-for-food*-Programme an, aus Angst, durch die Ausnutzung bedingungsloser Zuwendungen eine »mutwillige Verarmung« herbeizuführen (ebd. 211).

Nachdem im Jahr 1915 amerikanische Hilfsaktionen durch den Gouverneur untersagt worden waren, gewannen inoffizielle Überweisungen und insbesondere das Diaspora-Netzwerk an Bedeutung. Grund des Verbots war der zunehmende Einfluss amerikanischer Akteure in Beirut und die Befürchtungen von osmanischer Seite, diese würden den Staat auf lange Sicht unterminieren (Tanielian 2017, 216). Die Übernahme der Versorgung der Zivilbevölkerung durch den osmanischen Staat scheiterte jedoch. Auch ein amerikanisches Schiff mit Hilfsgütern für Bedürftige, darunter Nahrungsmittel, Medizin und Kleidung, welches im Dezember 1916 in Beirut ankommen sollte, konnte aufgrund politischer Unstimmigkeiten nicht wie geplant entladen werden und musste letztendlich die Waren kommerziell verkaufen (Brand 2014).

Erst mit Ende des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918 und dem Eintreffen der Entente-Mächte in der Levante wurde die Einfuhr von Lebensmitteln wieder möglich. Dabei kamen die Lebensmittel sowohl von anderen Teilen innerhalb des Landes als auch von außerhalb, wobei das syrisch-libanesische Diaspora-Netzwerk, welches sich in Ägypten etabliert hatte, eine wichtige Rolle spielte (Jackson 2017, 254). Insbesondere Port Said war als Hafenstadt und Zentrum, sowohl der Hilfsaktionen der Diaspora als auch internationaler Organisatio-

nen, von großer Bedeutung. In der Mittelmeerstadt wurden nicht nur zentrale logistische Prozesse gebündelt, dort wurde ebenfalls die politische Einflussnahme zwischen französischen und anderen Akteuren ausgehandelt. Jackson (2017) argumentiert, dass die französischen Hilfsleistungen am Ende des Ersten Weltkriegs zu einer Konsolidierung ihrer Macht über das Protektorat führten, das letztendlich zur Etablierung der neuen Nationalstaaten Libanon und Syrien beitrug.

Fazit

Hungerkrisen, besonders todbringende Hungersnöte, sind einschneidende Ereignisse: Sie kosten Leben und zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Analyse der Formierung kolonialer Nahrungsregime im nordafrikanischen Raum zeigt, dass damit neue Unsicherheiten und Ungewissheiten verbunden waren. Ressourcen wurden neu verteilt und Wissenssysteme und ihre Implementierung in der Praxis modifiziert. Viele Betroffene vor Ort verloren Zugänge und die Mehrheit der lokalen Bevölkerung war Nahrungsnoten gegenüber stärker exponiert als zuvor. Die Beleuchtung der neuen kolonialen Verantwortungsgefüge zeigt drei zentrale Befunde.

Die durch gewalttätige Eroberung verursachte territoriale Ausdehnung von kolonialem Wirtschaftsraum, welcher durch die neuen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen weit nach Europa hineinreichte und französische wie britische Kolonialgebiete umfasste, veränderte die Politik und die Bedingungen der Nahrungssicherung. Die Handlungen der neuen Herrschenden erfolgten häufig entsprechend ihrer Visionen, doch in Unkenntnis und Ignoranz gegenüber der lokalen Bedingungen: Landwirtschaftliche Potentiale wurden wie in Marokko überschätzt und an den Interessen des kolonialen Mutterlandes orientiert; erfolgreiche landwirtschaftliche Anpassungsstrategien wurden nicht erkannt (etwa Gerste- statt Weizenanbau) und erprobte Bewältigungsstrategien wie eine situativ angepasste Steuererhebung kaum praktiziert; eine Rücklagenbildung für Notzeiten mittels Getreidespeicher wurde vernachlässigt und Mobilitätsstrategien wie im Tschad untergraben. Ebenso wurden Potentiale möglicher Hilfeleistungen durch lokale soziale Institutionen nicht ausgeschöpft. Im Gegenteil, die Kolonialpolitik war durch Ideen der Nützlichkeit für einen anderen Raum und eine andere Gesellschaft geleitet: Nicht die lokale nordafrikanische Bevölkerung stand im Fokus, sondern der Nutzen des eroberten Territoriums für das koloniale Mutterland.

Entsprechend haben sich die Strukturen der Produktions-Konsumptions-Beziehungen verändert und eine auf Export ausgerichtete Ökonomie des Extraktivismus wurde etabliert.

Mit den imperial-territorialen Erweiterungen und der auf das Mutterland ausgerichteten Importorientierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Kolonien (etwa Getreide oder Baumwolle) wurden Austauschbeziehungen vor allem kommerzialisiert und die lokale Agrarproduktion und ihre soziale Verfasstheit in Geldkreisläufe eingebunden. Die Möglichkeiten zur Intervention und zur Abfederung von Nahrungskrisen vervielfältigten sich zwar auf den ersten Blick, doch mit dem territorial erweiterten Handelsbereich und der Kommerzialisierung des Austauschs wirkten gleichzeitig andere gesellschaftliche Verpflichtungskonzepte: Reziprozität und Solidarität werden gegen Geld getauscht. Hilfsgüter mussten bezahlt werden. Dies leistete häufig der gesellschaftlichen Differenzierung Vorschub. So wurden während der Nahrungskrisen wie in Abéché zunächst die Kolonialherren versorgt, dann – wie am Beispiel von Fes deutlich wurde – wurden die Städter bevorzugt, da ihre sichere Versorgung ein Ausbleiben von Protesten im öffentlichen Raum versprach und damit scheinbar die Legitimation der Herrschaft sicherte. Doch auch in den Städten differenzierte sich der Zugang zu Nahrungsmittel aus, oft nach Kaufkraft: Die Wohlhabenderen konnten sich selbst in Krisenzeiten Getreide leisten, während die Armen keine Zugänge hatten und hungerten. Die kolonialen Nahrungssysteme waren daher nicht weniger krisenanfällig, sondern sie erzeugten neue Verwundbarkeiten und wirkten gesellschaftsdifferenzierend.

Der Einsatz modernerer Techniken und die Installierung neuer Infrastrukturen beförderten wie der Ausbau von Eisenbahnen und Telegraphenleitungen daher zwar potentielle Interventionsmöglichkeiten in Krisenzeiten hinsichtlich Reichweite und Geschwindigkeit. Ihr Ausbau oder ihre Verhinderung – wie bei der Seeblockade – hatten allerdings oft militärische Gründe, etwa die Sicherstellung oder Unterbrechung des Nachschubs. Sie konnten damit wie in Beirut auch Hunger verursachen. Darüber hinaus wurde über neue Infrastrukturen erst die Lohnarbeit eingeführt und einige Projekte entwickelten sich zu Zentren neuer Geldkreisläufe und der Kommerzialisierung. Gleichzeitig entstanden hierdurch neue strukturelle Abhängigkeiten, die den Nettokapitaltransfer in den Globalen Norden erst ermöglichten, während sich ein neues internationales Hilfesystem etablierte.

